

---

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid  
Schützenstraße 62  
42853 Remscheid

Telefon 0 21 91/951 36 82  
Fax 0 21 91/951 37 31  
Email [fraktion@dielinke-remscheid.de](mailto:fraktion@dielinke-remscheid.de)

Drucksache **16/3085**

Internet [www.dielinke-remscheid.de](http://www.dielinke-remscheid.de)

---

## **Antrag**

der Fraktion

### **Moratorium Stromsperren (Prüfantrag)**

---

#### **Beratungsfolge**

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Rat	08.09.2022	Entscheidung

#### **Öffentlichkeit**

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

---

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der oben genannten Sitzung zur Abstimmung zu stellen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Moratorium bei Strom- und Gassperren bei den Kundinnen und Kunden der EWR möglich ist und durchgesetzt werden kann.
2. Falls ein Moratorium möglich ist, erstellt die Verwaltung schnellstmöglich eine entsprechende Beschlussvorlage und setzt sie zur Beratung und Abstimmung in die zuständigen politischen Gremien.

#### **Begründung**

Den Bürgerinnen und Bürgern drohen durch massive Preiserhöhungen bei Gas und Strom horrende Nachzahlungen und deutlich höhere monatliche Abschläge, die viele aus eigener Tasche nicht mehr bezahlen können.

Damit verhindert wird, dass Menschen aufgrund der Preissteigerungen frieren müssen oder im Dunkeln sitzen, ist es unbedingt erforderlich schon jetzt Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Wie

---

bereits im Bundestag vorgeschlagen, sind ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren und höhere Entlastungszahlungen insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sowie eine staatliche Energiepreisaufsicht dringend erforderlich.

Da dies auf kommunaler Ebene allein nicht realisiert werden kann, sollte der städtische Energieversorger EWR, bis es zu einer bundeseinheitlichen Regelung kommt, auf Stromsperren verzichten. Ein erheblicher Teil der von Stromsperren Betroffenen sind Bezieherinnen und Bezieher von Transfer-Leistungen. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen beziffert die Unterdeckung beim Regelsatz für das Arbeitslosengeld II im Bereich der Stromkosten mit 25 bis 55 Prozent - abhängig von der Haushaltsgröße und der Art der Warmwasserbereitung. Hinzu kämen weitere Belastungen, wenn Nachzahlungen aufgrund gestiegener Strompreise anstehen.

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, forderte in der Frankfurter Rundschau einen Schutz von Mieterinnen und Mietern vor Gas- und Stromsperren: Diese seien ein barbarischer Akt, man müsse sie verbieten. Betroffen seien auch Rentnerinnen und Rentner, Familien mit Kindern und Geringverdienende. Kurzfristig könne ein Moratorium helfen, wie es während einer frühen Phase der Corona-Pandemie für Mietzahlungen gegolten habe.

Mit freundlichen Grüßen

Remscheid, den 30.08.22

Brigitte Neff-Wetzel  
(Fraktionsvorsitzende)

Peter Lange  
(Ratsmitglied)

Axel Behrend  
(Ratsmitglied)